



Neonazis und Rassisten die rote Karte zeigen

Katharina König: Neonazis in Thüringen wollen im Sportbereich Anhänger gewinnen

Katharina König begrüßt die Absage mehrerer Thüringer Fanclubs und Fußballvereine an die NPD, welche in den letzten Wochen durch Schreiben mit vermeintlichen Solidaritätsbekundungen auf Stimmenfang in der Fanszene gegangen war. „Allerdings mangelt es noch in vielen Bereichen an der notwendigen Sensibilisierung“, so die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Landtag.

Neonazis versuchen in Thüringen seit Jahren, im Sportbereich neue Anhänger zu gewinnen: „Als Teil der Normalisierungsstrategie sind NPD und Neonazis bemüht, gerade auch in Fußballclubs und Fanvereinen durch Mitbeteiligung und den Aufbau von Vertrauenspositionen ihre rassistische und menschenverachtende Ideologie als ganz normale Meinung darzustellen“, so die Abgeordnete weiter.

So versuchten sie erst kürzlich, an einem Hallenturnier mit acht Freizeitfußball-Mannschaften in Sonneberg teilzunehmen. Sie traten ungeniert als Team „Unbeliebte Jungs“ mit dem Namen einer regionalen Rechtsrock-Band auf. Der Sänger der Band war mit von der Partie, er besitzt seit Jahren eine Schiedsrichterlizenz und bemüht sich gerade um eine Verlängerung. Zwei Tage vor dem Turnier wurde die Gruppe dann doch noch ausgeladen.

Am gleichen Wochenende kam es am nördlichen Ende Thüringens zum Spiel zwischen RSV Göttingen 05 und

FSV Wacker 90 Nordhausen, bei dem die Göttinger Fans die Teilnahme am Spiel boykottierten, da sich unter den Wacker-Anhängern eine nicht unerhebliche Anzahl von gewaltbereiten Neonazis befand. Bereits vor fünf Jahren gründeten Südthüringer NPD-Funktionäre einen eigenen Sportverein unter dem Namen „SV Germania Hildburghausen“. Gegenwärtig gibt es noch weitere Verbindungen von Neonazis in Thüringer Fangruppen bis hin zum Hooliganmilieu.

„Es wird verharmlost, geschwiegen und ignoriert“

Beispielsweise über den Altenburger Neonazi Thomas Gerlach, bei dem die Frankfurter Rundschau erst vor kurzem illegale Waffengeschäfte für ausländische militante Nazi-Organisationen aufdeckte. Er betreut die Internetseite der Fangruppe „Lucka Supporters“ vom Ostthüringer FSV Lucka. Auch im Bereich Erfurt-Weimar gibt es Überschneidungen zwischen Fußball- & Hooliangruppierungen und organisierter Neonazi-Szene.

Der Veranstalter und Neonazi Michael Fischer, der eine Vielzahl von Neonazi-Demonstrationen in den letzten Monaten durchgeführt hat, gehört auch dem Umfeld der rechten Hooliangruppe „Kategorie Erfurt“ an. Personen aus diesem Kreis unterstützten Fischer bei dessen Neonazi-Aufmarsch in Weimar vor ein paar Wochen. Der Neonazi ist führender Kopf der Freien Kamerad-

schaftsszene im Weimarer Land und scheiterte Anfang September letzten Jahres bei dem Versuch, mit zwei Busladungen voller Neonazis bei einem Spiel im Erfurter Steigerwaldstadion aufzumarschieren, um dort Neonazi-Propaganda zu verbreiten.

Katharina König warnt davor, den Blickwinkel nur auf den Fußball zu richten: „Rassistisches und nationalistisches Gedankengut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auch im übrigen Sportbereich zu finden ist. Organisierte Neonazis sind auch im Kampf- und Kraftsport oder beim Turnen aktiv, nicht selten, um sich kommunal zu verankern.“ Die Abgeordnete verweist auf zwei NPD-Funktionäre in Sonneberg und Rudolstadt. Der erste sitzt für die NPD im Kreistag und profiliert sich im Hundesportverein, der zweite war im letzten Jahr NPD-Bürgermeisterkandidat und Redakteur einer NPD-Zeitung, er ist Sportler in einem Saalfelder Turnverein und erhielt sogar das Ehrenzeichen des Thüringer Turnverbandes.

„Sport, egal in welcher Art und Altersklasse, gehört genauso zur rechten Erlebniswelt, wie Rechtsrock-Konzerte und Neonaziaufmärsche. Zwar ist die Aufmerksamkeit bereits gewachsen, doch in zahlreichen Verbänden und Clubs fehlt weiterhin die Sensibilisierung. Es wird verharmlost, geschwiegen und ignoriert. Dagegen gilt es anzukämpfen und Neonazis aus dem Sport zurückzudrängen“, betont die Abgeordnete der LINKEN. ■

KOMMENTIERT:

von Diana Skibbe

Eine Ombudsstelle

Im Petitionsausschuss des Landtags beginnt jetzt die Aussprache um die Novellierung des Thüringer Bürgerbeauftragtengesetzes – auf der Grundlage eines Entwurfs der LINKEN. Wir fordern einen Umbau der Funktion in eine Ombuds- und Beschwerdestelle zur Durchsetzung einer bürgernahen Verwaltung. Dies auch mit Blick auf die anstehende Verwaltungs-, Gebiets- und Funktionalreform in Thüringen.

Die Bürgerbeauftragte soll mehr Informations- und Anhörungsmöglichkeiten erhalten, aber auch ein Beanstandungsrecht, um wirksam gegen Mängel und bürgerunfreundliches Verhalten der Behörden vorgehen zu können. Das ist durchaus Verbraucherschutz in einem umfassenderen Sinne. Ich denke da z.B. an eine verständlichere Sprache in Behörden Schreiben oder auch die Erreichbarkeit von Sozialbehörden für Betroffene. Das Beanstandungsrecht ist keine exotische Neuerfindung: Beim Thüringer Datenschutzbeauftragten hat es sich seit Jahren bewährt. Die Bürgerbeauftragte soll auch eigene Vorschläge zu Gesetzentwürfen oder in Form von Gutachten einbringen können.

Die Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss sollten möglichst reibungsfrei zusammenarbeiten im Sinne der Menschen, die sich mit Eingaben bzw. Petitionen an den Landtag und den Ausschuss wenden. Hier gibt es noch Nachbesserungsbedarf. Daher schlagen wir in unserem Gesetzentwurf ein Wahlrecht für die Petenten vor. Die Betroffenen selbst sollen entscheiden, ob ihre Petition vom Ausschuss oder der Bürgerbeauftragten bearbeitet werden soll.

Die Menschen in Thüringen und hier aktive Organisationen und Verbände sollten auch eigene Personalvorschläge an den Landtag zur Besetzung der Stelle machen können. Der LINKE-Gesetzentwurf sieht außerdem vor, die bzw. den Bürgerbeauftragten zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit in Zukunft vom Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit wählen zu lassen.

Wir fordern den Ausschuss auf, auch angesichts der zu Ende gehenden Wahlperiode der Bürgerbeauftragten die Ausgestaltung der Funktion und den Aufgabenkatalog sowie die Art und Weise der Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss eingehend und kritisch zu diskutieren, dazu wird die Linksfraktion einen Antrag auf Ausschussanhörung stellen. ■

AKTUELL

Mehr Schwung für die Energiewende

Als „gute und weitsichtige Entscheidung“, bezeichnete Bodo Ramelow die Rekommunalisierung der Energieversorgung in Thüringen, nachdem die große Mehrheit der Vertreter der Thüringer Kommunen für die Übertragung von Eon-Aktien auf den eigens gegründeten Kommunalen Energiezweckverband (KET) gestimmt hatte. „Die Energieversorgung in kommunale Hand zu nehmen, ist eine gute Investition in die Zukunft“, unterstrich der Vorsitzende der Linksfraktion. Nun komme es aber darauf an, nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben.

„Wir fordern die Energiewende ein, aber sie muss sozial gerecht gestaltet werden.“ Daher müssten neben der Übertragung der Netze in öf-

fentliche Hand nun weitere Konsequenzen folgen. „Die Landesregierung muss jetzt endlich einen Masterplan mit allen Bausteinen der Energiewende entwickeln und zur Abstimmung stellen“, so Bodo Ramelow.

DIE LINKE fordere seit langem, u. a. das Gemeindefortschrittsrecht so zu gestalten, dass die Energie- und Wärmeproduktion zu einem elementaren Teil der Regionalwirtschaft wird. Zudem müsse das Thüringer Stromnetz gemeinsam mit den Stadtwerken optimiert werden. „Ziel muss es sein, dass mit regionaler Energieproduktion die Thüringer Wertschöpfungskette deutlich erhöht wird. Thüringen sollte nicht länger Energie-Importland sein, sondern den hier verbrauchten Strom auch hier erzeugen und verteilen – de-

zentral, regenerativ und regional.“

Nachdem auch das Landesverwaltungsamt die Kommunalisierung von Eon Thüringen bestätigt hatte, appellierte Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Linksfraktion, an die Städte und Gemeinden, die bislang noch nicht dem Kommunalen Energiezweckverband beigetreten sind, dies zu überdenken und nachzuholen.

Sie sollten sich ermutigt fühlen durch die Tatsache, dass „die offenen Fragen und Unsicherheiten jetzt ausgeräumt sind. Die Kaufpreismittelung ist durch ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten bestätigt worden. Auch wenn Restrisiken bestehen bleiben, gibt es jetzt keinen Grund mehr, sich einem Beitritt zu verweigern.“ ■